

Stadt Leverkusen

2. NEUDRUCK

Antrag Nr. 2018/2363

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he/neu
Dezernat/Fachbereich/AZ

07.11.18
Datum

| Beratungsfolge | Datum | Zuständigkeit | Behandlung |
|--|------------|---------------|------------|
| Kinder- und Jugendhilfeaus- schuss | 08.11.2018 | Beratung | öffentlich |
| Bürger- und Umweltausschuss | 08.11.2018 | Beratung | öffentlich |
| Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen | 12.11.2018 | Beratung | öffentlich |
| Ausschuss für Soziales, Gesund- heit und Senioren | 12.11.2018 | Beratung | öffentlich |
| Bezirksvertretung für den Stadt- bezirk I | 19.11.2018 | Beratung | öffentlich |
| Bezirksvertretung für den Stadt- bezirk II | 20.11.2018 | Beratung | öffentlich |
| Bezirksvertretung für den Stadt- bezirk III | 22.11.2018 | Beratung | öffentlich |
| Finanz- und Rechtsausschuss | 26.11.2018 | Beratung | öffentlich |
| Rat der Stadt Leverkusen | 10.12.2018 | Entscheidung | öffentlich |

Betreff:

Kommunale Sicherheit neu gedacht - Projekte und Ideen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 10.07.18

Hinweis des Fachbereichs Oberbürgermeister, Rat und Bezirke:

Der 2. Neudruck wurde erforderlich, da die Beratungsfolge - analog dem Antrag Nr. 2018/2538 und der Vorlage Nr. 2018/2565 - noch um den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren ergänzt wurde.

Anlage/n:

2363 - Antrag
2363 - Anlage

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

FRAKTION LEVERKUSEN

Friedrich-Ebert-Straße 96
51373 Leverkusen
Telefon: 02 14 / 406-87 20
Telefax: 02 14 / 310 07 22
info@cdufraktion-lev.de
http://cdufraktion-lev.de

Unser Zeichen: ta / te

Leverkusen, 10. Juli 2018

Kommunale Sicherheit neu gedacht – Projekte und Ideen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnungen der entsprechenden Gremien:

Auf Initiative der CDU hat der Rat der Stadt in der Sitzung vom 26.09.2016 beschlossen, das Sicherheitsgefühl in Leverkusen zu stärken und die Sicherheit neu zu strukturieren (2016/1197). Darüber hinaus steht die Forderung nach Einführung eines Kriminalpräventiven Rates im Raum (CDU-Antrag 2017/1923 vom 13.10.2017) sowie nach Neustrukturierung des Fachbereiches Recht und Ordnung (CDU-Antrag 2017/1772 vom 19.07.2017).

Vor diesem Hintergrund gibt die Verwaltung einen umfassenden Sachstandsbericht zu folgenden Themen

- 1. Kooperationsvereinbarung Stadt Leverkusen – Polizeiinspektion Leverkusen (Basis für gemeinsame Schwerpunktaktionen und -kontrollen, gemeinsame Streifen etc.)**
- 2. Kriminalpräventiver Rat**
- 3. Neustrukturierung Fachbereich Recht und Ordnung**
- 4. Verbindliche Umsetzung von kriminalpräventiven/kriminalgeographischen Aspekten in der Bauleitplanung (z.B. Vermeidung von Angsträumen)**

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, im Rahmen der Kooperationsvereinbarung sogenannte „Ordnungspartnerschaften“ zu initiieren. Diese setzen sich – anders als der Kriminalpräventive Rat – aus festen Partnern zusammen sowie solchen, deren Hilfe und Expertise nach Bedarf gebraucht werden. So kann es, wie bspw. in Mönchengladbach, verschiedene Ordnungspartnerschaften geben mit unterschiedlichen Schwerpunkten (Jugendamt, Zoll, Drogenberatung usw.). Diese Ordnungspartnerschaften sollten sozusagen die gelebte Praxis dessen sein, was der Kriminalpräventive Rat vor- und nachbereitet.

Begründung:

Mit diversen Anträgen (u.a. „Sicherheitsgefühl in Leverkusen stärken“ 2016/1197) und Initiativen (z.B. „Licht schafft Sicherheit“) hat die CDU in den vergangenen Jahren auf das Thema „Innere Sicherheit“ aufmerksam gemacht. Ziel war und ist Kriminalitätsbekämpfung, Kriminalitätsprävention und ein verbessertes Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Gerade zu Punkt 2 erkennen wir keinerlei Fortschritte.

Zum Erreichen unserer Ziele haben wir diverse Vorschläge unterbreitet, die in unseren Sachstandsfragen oben noch einmal genannt werden. Nach der CDU/KPV-Veranstaltung „Kommunale Sicherheit neu gedacht – Projekte und Ideen“ mit dem Staatssekretär des NRW-Innenministeriums, Herrn Jürgen Mathies, am 21. Juni, möchte die CDU der Anregung von konkreten Ordnungspartnerschaften nachgehen. Die Stadt Mönchengladbach bietet hierfür gute Beispiele (s. Anhang).

Freundliche Grüße



Thomas Eimermacher
(Fraktionsvorsitzender)

Ordnungspartnerschaften in Mönchengladbach Erfolgreich und gewinnbringend für alle Beteiligten



Foto: Isabella Hartner, pp Mönchengladbach

Die Ordnungspartnerschaften führen regelmäßige Kontrollen durch und prüfen, ob ordnungsrechtliche Vorgaben eingehalten werden.

Seit vielen Jahren arbeitet der Bezirksdienst des Polizeipräsidiums Mönchengladbach im Rahmen von fest vereinbarten Ordnungspartnerschaften erfolgreich in drei Aufgabenbereichen mit dem Ordnungsamt und anderen Institutionen zusammen.

Folgende Ordnungspartnerschaften werden vom Bezirksdienst Mönchengladbach gepflegt und bedient:

| Name der Ordnungspartnerschaft | Beteiligte | Frequenz |
|--------------------------------|---|-----------------|
| OPA-Streife | BD/KK KPO/Ordnungsamt/Jugendamt/Zoll mit den Abteilungen »Schwarzarbeit« und »Steuervergehen« | 10-14 x im Jahr |
| Streetworkfachgespräch | BD/Diakonie/skm/Gesundheitsamt/Streetworker/Bundespolizei/ Drogenberatung/ | 1 x im Quartal |
| Mobile Wache | BD/ KOS/ Schwerpunktdienst | 2 x im Monat |

Die drei Ordnungspartnerschaften haben folgende Aufgaben und Schwerpunkte:

OPA-Streife: Aufsuchen und Kontrolle von Gaststätten, Kiosken, Bars, Spielhallen, Überwachung von Leistungsbetrug, Überwachung des Jugendschutzgesetzes, steuerrechtliche Verstöße im Zusammenhang mit Tabak und Getränken.

Streetworkerfachgespräch: Erfahrungs- und Informationsaustausch zu Rand- und Problemgruppen und deren Treffpunkte, Aufnahme von bestimmten Problempersonen in ein Casemanagement zur individuellen Hilfeleistung.

Mobile Wache: Stärkung der subjektiven Sicherheit beim Bürger durch gemeinsame Streifen, Informationsaustausch zu Brennpunkten und Beschwerdestellen, gezielte Ansprache der Problem- und Randgruppen.

Die Anfänge der Ordnungspartnerschaft »Streife«

Angefangen hat alles mit der ersten in den 1990er Jahren vertraglich vereinbarten Ordnungspartnerschaft (OPA) mit dem Ordnungsamt (OA) der Stadt, Abteilung für Gaststätten und Kleingewerbe, und der Polizei.

Im Rahmen dieser OPA-Streifen wurden Gaststätten, Bars, Kioske und andere Kleingewerbe wie Spielhallen und Spielclubs sowie Vereinsheime in den Abend- und Nachtstunden aufgesucht und kontrolliert. Ziel dieser OPA-Kontrollen war es, auf die Einhaltung der ordnungsrechtlichen Vorgaben zu achten und – soweit erforderlich – die Sperrzeiten zu überwachen. Es wurde seinerzeit vereinbart, dass 10 bis 12 Kontrollen auf das Jahr verteilt durchgeführt werden sollen. Teil der damaligen Vereinbarung war auch die Überwachung der Alkoholverbote beim karnevalistischen Treiben im Stadtgebiet. In die OPA waren neben dem Bezirksdienst der Polizei und dem Ordnungsamt das Jugendamt und das Kommissariat Vorbeugung involviert. Sporadisch kamen auch andere Fachbereiche wie das Steueramt mit. Aber auch Vertreter der politischen Gremien begleiteten die OPA-Streifen. >

Neue Herausforderungen

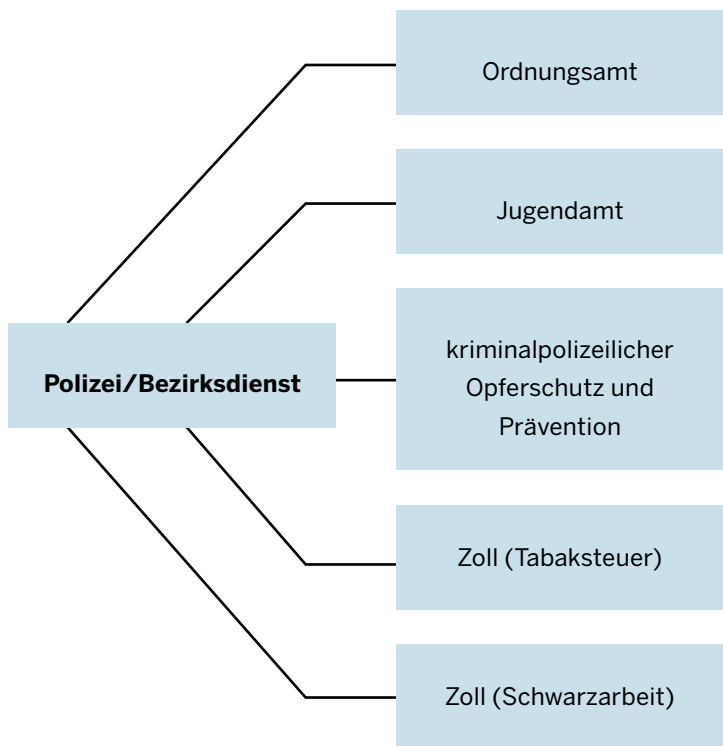
»War die OPA anfangs »nur« unterwegs, um Sperrstundenverstöße aufzudecken, Ruhestörungen und Jugendschutzverstöße zu ahnden, hat sich unser Betätigungsfeld deutlich verändert«, stellt Martin Wolfs vom OA Mönchengladbach fest. Denn sowohl das Ausgehverhalten der Bevölkerung als auch ihr Konsumverhalten hat sich verglichen mit den Anfängen der OPA gewaltig geändert. Das gilt auch für die rechtlichen Vorgaben, die den gesamten Bereich des Betriebs von Gaststätten betreffen. Diese Veränderungen haben auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der OPA-Kontrollteams. So nimmt mittlerweile der Zoll mehr oder weniger regelmäßig mit ein bis zwei Teams an den OPA-Kontrollen teil, um Schwarzarbeit und betrügerisches Verhalten beim Leistungsbezug zu überwachen. »Nach entsprechenden Schulungen und beim Learning by Doing sind wir in den Teams in der Lage, schnell und effizient, quasi mit einem Blick zu erkennen, ob es sich lohnt, etwa die Spielgeräte genauer unter die Lupe zu nehmen oder die Küchenbereiche und Fasskeller aufzusuchen«, erläutert Polizeihauptkommissar (PHK) Michael Mertens.

Durch die wie Pilze aus dem Boden schießenden Shisha-Bars und -Lounges gibt es für den Zoll ein weiteres, neues Gebiet im Steuerrecht, die eine Beteiligung an den OPA sinnvoll erscheinen lassen. Denn es wurde und wird bei den OPA-Kontrollen in den genannten Betrieben immer wieder festgestellt, dass hier Tabak aus Großgebinden verkauft wird und somit regelmäßig Steuerhinterziehungen durch die Betreiber begangen werden. In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass in diesen Betrieben regelmäßig gegen das Nichtraucherschutzgesetz (NRSchG) verstoßen wird.

Kohlenmonoxyd-Vergiftungen in Shisha-Bars

Auch die Gefahrenabwehr wird bei den Kontrollen immer wichtiger. So wurde festgestellt, dass der dauerhafte Aufenthalt in Räumen, in denen Shisha konsumiert werden, ein großes gesundheitliches Gefahrenpotenzial darstellt. Weil beim Konsum von Shishatabak Kohle verglüht, kommt es zur Bildung von Kohlenmonoxid und -dioxid, das sich im Körper anreichern und dann zu ernsthaften Gesundheitsstörungen bis hin zum Tod führen kann, wie ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit in Bochum zeigt. So wurden bei einer OPA-Kontrolle stichprobenartige CO-Messungen durch die Feuerwehr in den entsprechenden Lokalen durchgeführt. Die dabei gemessenen Werte waren alarmierend. In einem Fall führten sie zur unmittelbaren Evakuierung und Schließung des Lokals.

Da die Kontrollteams nicht nur Beschwerden, die beim OA auflaufen, mit diesen Kontrollen abarbeiten, sondern auch Hinweisen aus dem polizeilichen Umfeld nachgegangen wird, ist die Akzeptanz in der Kollegenschaft im Laufe der Zeit deutlich gestiegen. Auch die Fachkommissariate sind an den Ergebnissen der OPA-Kontrollen interessiert, da dabei auch Hinweise gesammelt werden, die bis in den Bereich der Rocker- und Organisierten Kriminalität gehen.



Sporadisch treten auch weitere Ämter wie Feuerwehr, Steueramt und auch Vertreter aus Politik und Verwaltung dazu.



Foto: Frithjof Lutter, pp-Mönchengladbach

Die Akzeptanz der OPA-Kontrollen bei der Kollegenschaft sowie bei Gewerbetreibenden und in der Bevölkerung ist erheblich gestiegen.

Hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung

Renate Lenders und Tobias Schmidt vom Zoll loben die gute Zusammenarbeit: »Wir haben durch die Beteiligung an den OPA-Streifen die Möglichkeit, verdachtsunabhängig die Beschäftigungsverhältnisse zu überprüfen und Steuerverstöße zu erkennen.« Thorsten Licht, der Jugendschutzbeauftragte der Stadt Mönchengladbach, sieht es ähnlich: »Meine Teilnahme an den OPA zeigt mir, dass und wo es in den Gaststätten beim Jugendschutz hapert. Das fängt beim vorgeschriebenen Aushang des Auszugs aus dem Jugendschutzgesetz an und endet letztendlich beim Zugriff von Jugendlichen.«

Aber auch die Außenwirkung dieser OPA-Kontrollen bei den Gewerbetreibenden und in der Bevölkerung ist erheblich. Denn durch dieses gemeinsame Auftreten aller im Bereich von Gaststätten und Kleingewerben involvierten Behörden können sogenannte »schwarze Schafe« schneller erkannt und gegen Verstöße vorgegangen werden. Dies führt in der Bevölkerung dazu, dass die Arbeit dieser Behörden gesehen und anerkannt wird. Außerdem hat diese Zusammenarbeit dazu geführt, dass der Blick der beteiligten Behörden ein wenig über den eigenen Tellerrand hinaus geht und man sich gegenseitig Missstände mitteilen kann, die man vorher gar nicht erkannt hat. Durch die nicht angekündigten Kontrollen war es bei einer der letzten Kontrollen möglich, in einen illegalen Spielclub zu gelangen und diesen zu schließen.

Die OPA im Streetwork-Brennpunktprojekt

Bereits im Jahr 2001 wurde in Mönchengladbach von der Diakonie das Projekt Streetwork unter wissenschaftlicher Begleitung ins Leben gerufen. Ziel war es, eine aufsuchende Krankenpflege und eine aufsuchende Beratung von Obdachlosen zu installieren und so Menschen mit hohem Hilfebedarf vor Ort adäquate Hilfe anbieten zu können. Von Anfang an dabei war der Bezirksdienst der Polizei Mönchengladbach, da die hier vorhandenen Informationen genutzt wurden, um Orte und Personen zu identifizieren, die den beschriebenen Hilfebedarf benötigten. Nachdem das Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung vorlag, entschloss sich die Stadt Mönchengladbach, diese Art der Hilfe zu einem festen Bestandteil des städtischen Hilfesystems zu machen und übernahm die Finanzierung, die übrigens bis zum heutigen Tag Bestand hat und trotz Haushaltssicherungskonzept immer wieder in den städtischen Haushalt aufgenommen wird. Übrigens wurden während der Jahre auch Einrichtungen eröffnet, in denen Menschen eine günstige Mahlzeit, die Gelegenheit zur Körperpflege, Krankenpflege und Beratung erhalten. Diese Einrichtungen werden von den Bezirksbeamten auch regelmäßig aufgesucht.

Die verantwortliche Leitung bei der Stadt Mönchengladbach übernahm der Sozial-Psychiatrische Dienst, sodass im Laufe der Jahre auch psychisch Erkrankte Hilfeleistungen erhielten. Im Jahr 2004 wurde dann auch die Drogenberatung Mönchengladbach >

Teil des Streetwork-Brennpunktprojekts, sodass auch suchtkranke Menschen an der Hilfeleistung teilhaben konnten. Seitdem ist das Ziel des Streetwork-Brennpunktprojekts für Obdachlose, Suchtkranke und psychisch erkrankte Personen individuelle Lösungen zu finden und deren Lebenslage zu verbessern. Im Streetwork-Brennpunktprojekt finden sich inzwischen unterschiedlichste Institutionen zusammen.

MEILENSTEINE DER STREETWORK-ARBEIT IN MÖNCHEGLADBACH

2001: Entstehung des Projekts Streetwork unter wissenschaftlicher Begleitung

2002/2003: Übernahme der verantwortlichen Leitung und Finanzierung durch die Stadt Mönchengladbach

2004: Drogenberatung wird Teil des Projekts, welche fortan als »Streetwork Brennpunktprojekt« arbeitet

2004 bis heute: Vierteljährliche Gespräche im Streetwork Brennpunktprojekt um individuelle Lösungen für besonders hilfebedürftige Menschen zu finden



Das vierteljährlich wiederkehrende Fachgespräch hat einen festen Ablauf: Zunächst berichten die Sozialarbeiter der einzelnen Institutionen über die aktuelle Situation an den bekannten Treffpunkten der einzelnen Szenen und geben Hinweise auf sich entwickelnde neue Brennpunkte. Anschließend tragen die übrigen Teilnehmenden ihre Erkenntnis dazu, so dass sich für alle Beteiligten ein relativ umfassendes Bild über die Brennpunkte ergibt. Dann folgen Beratung und Anpassung des weiteren Vorgehens an den Örtlichkeiten. Das Verhalten der Klientel hinsichtlich ihrer Aufenthaltsorte ist jedoch nur schwer zu beeinflussen. Allerdings ist es möglich, durch das ständige Aufsuchen der Örtlichkeit durch alle beteiligten Institutionen und Behörden auf deren Verhalten einzuwirken und so zu einer größeren Akzeptanz der Randgruppen innerhalb der Bevölkerung zu kommen. Ein Augenmerk liegt des Weiteren auf dem sogenannten »Case-Management«, einer Betrachtung einzelner Personen mit dem größten Hilfebedarf. Diese Einzelfallbetrachtung dient dazu, der jeweiligen Person individuelle Lösungen anzubieten und größeren Schaden von ihr und der Allgemeinheit abzuwenden.

Die Leiterin des Fachbereichs Wohnungslosenhilfe der Diakonie Mönchengladbach, Brigitte Bloschak, beschreibt dies so: »Im Streetwork-Brennpunktprojekt wird ehrlich, vertrauensvoll und gemeinsam nach Lösungen für besonders hilfebedürftige Menschen gesucht. Diese Art der Kooperation ist in ihrer Zusammensetzung meines Wissens einmalig in Nordrhein-Westfalen.«

Die OPA » Mobile Wache«

Nach einem halben Jahr der Vorbereitung arbeiten der Bezirksdienst und der Schwerpunktdienst der Polizei Mönchengladbach sowie der Kommunale Ordnungsservice der Stadt Mönchengladbach seit August 2017 in Form von gemeinsamen Streifen und dem Einsatz einer Mobilen Wache Hand in Hand. Gemischte Teams des Bezirksdienstes und des Kommunalen Ordnungsdienstes gehen auf Streife und kümmern sich um aktuelle Beschwerden, aber auch um die Örtlichkeiten und Personen, welche im Brennpunktprojekt Streetwork benannt wurden. Präsenz wird regelmäßig dort gezeigt, wo im näheren Umfeld keine Polizeiwache ist. »Am Rheydter Hauptbahnhof, wo die Polizeiwache direkt gegenüber liegt oder am Europaplatz, wo die Dienststelle der Bundespolizei ihre Adresse hat, gäbe das keinen Sinn«, sagt Frithjof Lutter, der Leiter des Bezirksdienstes. Zu unterschiedlichen Zeiten wird zum Beispiel an Orten wie dem Platz der Republik hinter dem Hauptbahnhof oder dem Rheydter Markt und Harmonieplatz



Foto: Andreas Baum

Die OPA »Mobile Polizeiwache« zeigt regelmäßig dort Präsenz, wo im näheren Umfeld keine Polizeiwache ist und nimmt dort Anzeigen oder Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern auf.

gemeinsam Präsenz gezeigt. Seitdem sei zum Beispiel das Problem des »Wildurinierens« und öffentlichen Trinkens deutlich weniger geworden, sagt Frank Helmgens, der Außendienstleiter des Ordnungsamtes. Perspektivisch soll die Präsenz durch gemeinsame Streifentätigkeiten und der Einsatz der Mobilen Wache auch in den ländlich strukturierten Außenbereichen der Stadt erfolgen. »An der Mobilen Wache werden kaum Anzeigen erstattet, jedoch geben die Bürger uns häufig Hinweise und wir können eingreifen, bevor etwas passiert«, so Lutter. Oft werden die Beamten aber auch einfach angesprochen, weil man sie loben möchte. »Die Menschen finden es gut, dass wir hier sind. Viele schieben aber auch gleich nach, dass wir noch mehr Präsenz zeigen sollten«, sagt Frithjof Lutter.

Der Kommunale Ordnungsservice unterstützt den Wachdienst einmal im Monat. Dabei erfolgt eine Zusammenarbeit mit den Interventionskräften der Polizeiwache Mönchengladbach während des Nachtdienstes im Bereich der Altstadt Mönchengladbachs. Auch hier werden gemeinsame Streifen gebildet, sodass bei Einsätzen im Kneipenviertel alle ordnungsrechtlichen Seiten gleichzeitig beleuchtet werden können. Diese Form der Ordnungspartnerschaft wird von allen Seiten als gewinnbringend bewertet. Das gilt übrigens für alle Ordnungspartnerschaften.

/// Frithjof Lutter, Leiter des Bezirksdienstes Mönchengladbach, Michael Mertens, Bezirksdienst Mönchengladbach